

# Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Das Bildungswesen ist von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst und wirkt auf diese zurück. Zu den bestimmenden Einflussgrößen gehören die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und der Lebensformen der Menschen sowie die gesamtwirtschaftliche Lage und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte.

Die demografische Entwicklung (A1) wird anhand der aktualisierten und bis zum Jahr 2060 fortgeschriebenen Bevölkerungsvorausrechnungen abgebildet. Deren Daten stellen – vor allem bis 2025 – eine wichtige Planungsgrundlage für das Bildungswesen dar.

Betrachtet werden im Einzelnen die langfristige Bevölkerungsentwicklung, die Geburtenentwicklung sowie die Veränderungen innerhalb der Altersstruktur der Bevölkerung, deren absolute und relative Verschiebungen mit den daraus resultierenden Konsequenzen. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der erwerbstätigen Bevölkerung und den von ihr wirtschaftlich abhängigen Personen in der Vor- und Nacherwerbsphase gelegt. Dargestellt wird zudem die Altersverteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Die Ressourcen, die dem Bildungswesen zur Verfügung stehen, hängen – neben dem politischen Handeln – wesentlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab (A2). Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte spielt eine große Rolle, da das Bildungswesen überwiegend aus diesen Mitteln finanziert wird. Zwar sind die Folgen der 2008 einset-

zenden weltweiten Finanzkrise noch nicht gänzlich abschätzbar bzw. quantifizierbar, die Politik versucht aber, den Auswirkungen der Krise entgegenzusteuern. Über Konjunkturprogramme werden auch dem Bildungsbereich Zusatzmittel zur Verfügung gestellt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen lässt sich allerdings anhand der vorliegenden Daten noch nicht erfassen. Auch aus dem Strukturwandel und der fortschreitenden Globalisierung resultieren Herausforderungen für das Bildungswesen, da sich Tätigkeitsfelder und somit die Anforderungsprofile an die Erwerbstätigen in nahezu allen Sektoren und Berufsfeldern wandeln.

Schließlich wird der Wandel der individuellen Lebensformen mit dem zurückgehenden Anteil der Familien mit Kindern beschrieben (A3). Hierbei werden insbesondere die unterschiedliche regionale Herkunft der Personen und der Migrationshintergrund differenzierend in die Betrachtung mit einbezogen. Untersucht wird zudem, inwieweit die verschiedenen Formen des Zusammenlebens – und insbesondere das Zusammenleben mit Kindern – das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern beeinflusst. Berücksichtigt werden auch die Unterschiede in Bezug auf den Migrationsstatus, das Alter des jüngsten Kindes und den Bildungsstand der Eltern. Ergänzt werden diese Darstellungen durch eine Analyse der Risikolagen, von denen Kinder durch fehlende Erwerbstätigkeit, schlechte finanzielle Lage oder geringen Bildungsstand der Eltern betroffen sind.

# Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung bildet für das Bildungswesen eine wesentliche Planungsgrundlage. Es wird Auskunft darüber gegeben, wie viele Personen sich gegenwärtig und zukünftig in einem Alter befinden, in dem üblicherweise bestimmte Bildungseinrichtungen besucht und Bildungsangebote nachgefragt werden. Die Unterscheidung der Altersgruppen in Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase zeigt auf, wie sich über die Zeit bis 2060 die Relationen deutlich verschieben. Die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund wird gesondert dargestellt, weil sich deren Altersstruktur und regionale Verteilung von derjenigen der Personen ohne Migrationshintergrund unterscheidet.

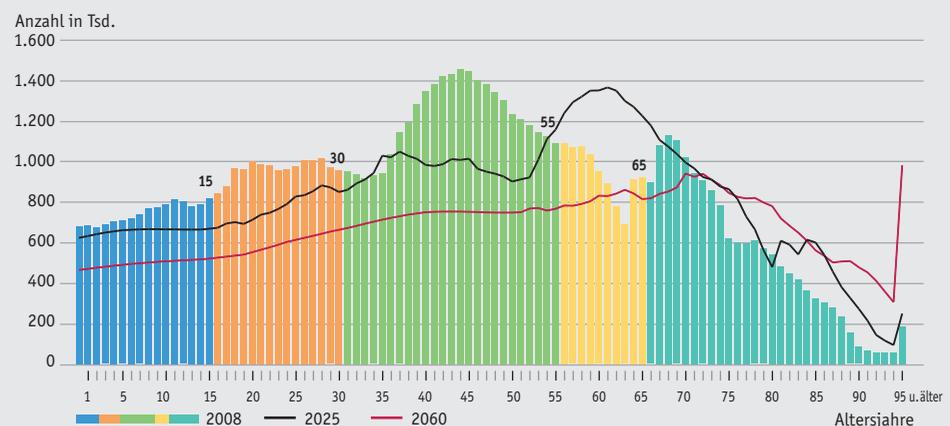
## Langfristige Bevölkerungsentwicklung

Aufschluss über die künftige Zusammensetzung der Bevölkerung gibt die koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung<sup>M</sup>, die alle drei Jahre durch die amtliche Statistik durchgeführt wird. Verschiedene Einflussfaktoren wie die Geburtenhäufigkeit<sup>M</sup>, die Lebenserwartung und der durch Zu- und Fortzug erreichte Wanderungssaldo gehen in die Berechnung ein. Es werden mehrere Varianten berechnet, die auf unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Entwicklung der Einflussfaktoren beruhen. In diesem Bericht wird die derzeit aktuelle 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung in der Basisvariante verwendet.

**Trend eines ansteigenden Lebensalters setzt sich fort**

Die Basisvariante geht davon aus, dass Frauen weiterhin im Durchschnitt 1,4 Kinder bekommen, so dass die Anzahl der neugeborenen Kinder auch in Zukunft sinken wird. Gleichzeitig wird ein Anstieg des Gebäralters um 1,6 Jahre bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 unterstellt. Der aktuelle Trend des ansteigenden Lebensalters wird fortgeschrieben. Von diesen Randbedingungen ausgehend ergibt sich, dass in Zukunft immer weniger junge Menschen einem immer größeren Anteil älterer gegenüberstehen werden (Abb. A1-1, Tab. A1-8web). Im Jahr 2060 wird die Anzahl

**Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur 2008 sowie Vorausberechnung 2025 und 2060\* nach Altersjahren (in Tsd.)**



\* 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Basisvariante  
 Lesebeispiel: Die 960.000 30-Jährigen im Jahr 2008 (orange Säulen) werden im Jahr 2025 (schwarze Linie) 47 Jahre alt, und ihre Anzahl wird auf ca. 952.000 gesunken sein. Im Jahr 2060 (rote Linie) werden hiervon noch 684.000 Personen leben und das 82. Lebensjahr erreicht haben.  
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2008

der Personen in der Erwerbsphase (15 bis unter 65 Jahre) um rund ein Drittel kleiner als 2008 und die Altersstruktur insgesamt homogener sein. Die Jahrgangsstärken der nachwachsenden Generationen nehmen langsam weiter ab. 2060 ergibt sich eine Altersstruktur, bei der die stärksten Jahrgänge in der Gruppe der 70- bis 75-Jährigen zu finden sind. In der Bevölkerungszusammensetzung ist das Verhältnis zwischen Männern (49%) und Frauen (51%) relativ ausgeglichen.

Im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland ist in den anderen von der UN so genannten entwickelten Regionen bis 2035 mit einem Bevölkerungsanstieg zu rechnen, der sich dann allmählich umkehrt. In den am wenigsten entwickelten Regionen wird sich wiederum die Bevölkerung bis 2050 mehr als verdoppelt haben (**Tab. A1-1A**).

## Geburtenentwicklung

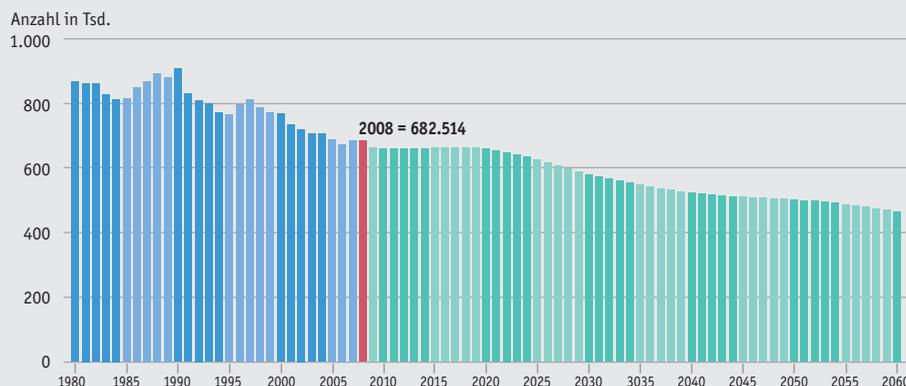
Die Anzahl der in Deutschland geborenen Kinder ist seit 1980 im Trend rückläufig (**Abb. A1-2, Tab. A1-9web**). Anfang der 1950er Jahre betrug die Geburtenhäufigkeit noch etwa 2,5 Kinder je Frau, fiel dann in den Folgejahren und liegt seit 1991 bei ca. 1,4. Während 1991 noch 830.000 Kinder geboren wurden, waren es im Jahr 2008 683.000, was einem Rückgang um 18% entspricht. Bleibt die Geburtenziffer weiterhin konstant, wird die absolute Anzahl der Geburten immer weiter zurückgehen und im Jahr 2060 mit 465.000 nur noch etwas mehr als die Hälfte des Wertes von 1980 erreichen.

Die Geburtenentwicklung weist immer leichte Wellenbewegungen und Schwankungen auf. Die so genannte Baby-Boomer-Generation aus den 1960er Jahren brachte ihre Kinder um 1990 zur Welt, und diese werden ihrerseits um 2020 zu einem leichten Anstieg der Geburten beitragen. Der augenfällige Rückgang der Geburten ab 1991 ist nahezu ausschließlich auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurückzuführen. Der Einfluss auf die langfristige Entwicklung ist jedoch minimal.

Sollte sich z. B. entgegen der Annahme der Basisvariante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Geburtenziffer auf 1,6 Kinder je Frau erhöhen, dann würde sich das Absinken der Geburtenzahlen entsprechend verlangsamen. Allerdings geht man erst ab einem Wert von etwa 2,1 Kindern je Frau davon aus, dass sich eine Gesellschaft zahlenmäßig selbst reproduziert.

Anzahl der  
Geburten weiter  
mit rückläufiger  
Tendenz

**Abb. A1-2: Geburtenentwicklung von 1980 bis 2060\* (in Tsd.)**



\* Ab dem Jahr 2008 wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Basisvariante, verwendet, die allerdings nur die 0- bis 1-Jährigen vorausrechnet. Die Unterschiede zur Zahl der Geburten sind jedoch vernachlässigbar.  
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Geburtenstatistik 2008

**Zugewanderte  
seltener kinderlos ...****... und mit durch-  
schnittlich mehr als  
einem Kind**

Von den im Jahr 2008 in Deutschland lebenden 20,9 Millionen Frauen im Alter von 16 bis 54 Jahren sind 58% Mütter, die übrigen sind (noch) kinderlos. Aus dem Ausland zugezogene Frauen haben mit 70% deutlich häufiger Kinder als Frauen, die in Deutschland zur Welt gekommen sind (56%). Davon haben zudem 70% der Zugewanderten mehr als ein Kind, während dies bei in Deutschland Geborenen knapp 62% sind. In beiden Gruppen haben die meisten Frauen zwei Kinder (**Tab. A1-2A**).

In Ehen variiert die Kinderzahl in Abhängigkeit vom Erwerbs- und Migrationsstatus <sup>M</sup>, Familieneinkommen, Bildungsstand und Alter der Frau. Ehefrauen, die älter als 45 Jahre sind, haben überwiegend mehr Kinder, wenn sie einen Migrationshintergrund und einen niedrigen Bildungsstand aufweisen. Markante Effekte der finanziellen und der Erwerbssituation sowie des Migrationsstatus sind bei mittlerem und hohem Bildungsstand nicht festzustellen (**Tab. A1-3A**).

**Je höher der  
Bildungsstand,  
desto höher das  
Alter bei der  
Geburt des  
ersten Kindes**

Bei Frauen über 45 Jahren, die in diesem Alter überwiegend ihren höchsten Bildungsstand <sup>M</sup> erreicht und das erste Kind bekommen haben, war das Alter bei der Geburt des ersten Kindes umso höher, je höher ihr Bildungsstand ist. Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes betrug 23,5 Jahre bei niedrigem Bildungsstand ohne abgeschlossene Berufsbildung und ohne (Fach-)Hochschulreife; im Durchschnitt 26,2 Jahre alt waren Frauen bei der Geburt des ersten Kindes, wenn sie einen Hochschul- oder anderen Abschluss im Tertiärbereich erworben hatten (**Tab. A1-10web**).

**Altersstruktur**

Die Altersstruktur der Bevölkerung kann im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit in Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase gegliedert werden. Bis 2060 verändert sich das Verhältnis von Personen in der Vorerwerbsphase (Kinder, Schülerinnen und Schüler) und Nacherwerbsphase (z. B. Rentner, Pensionäre) deutlich (vgl. **H**). Während der Anteil der Personen in der Vorerwerbs- und Erwerbsphase zurückgeht, nimmt der Anteil der Personen in der Nacherwerbsphase zu (**Abb. A1-3, Tab. A1-4A**). Gegenwärtig befindet sich ein Fünftel der Bevölkerung in der Nacherwerbsphase. Bis 2060 steigt der Anteil auf ca. ein Drittel. Eine Verschiebung des Beginns der Nacherwerbsphase auf 67 Jahre erhöht den Anteil der Personen in der Erwerbsphase im Jahr 2025 um 3%, im Jahr 2060 um 2,5%.

**2060: ein Drittel der  
Bevölkerung in der  
Nacherwerbsphase**

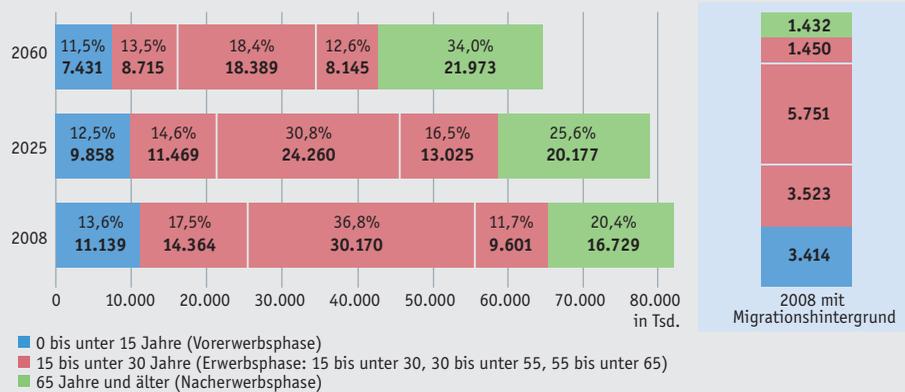
Von den 15- bis unter 30-jährigen waren im Jahr 2008 63% (9,05 Millionen) Erwerbspersonen. Bei den 30- bis unter 55-jährigen sind dies 88% (26,5 Millionen), bei der Gruppe der 55- bis unter 65-jährigen noch knapp 60% (5,7 Millionen). Überträgt man diese Verhältnisse auf die Bevölkerung im Jahr 2060 und nimmt an, dass auch dann 88% der 30- bis unter 55-jährigen Erwerbspersonen sind, entspricht dies nur noch 16,1 Millionen Menschen. D.h. diese Gruppe umfasst dann weniger als zwei Drittel der Personen des Jahres 2008.

Im Jahr 2008 unterscheidet sich die Altersstruktur der 15,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund erkennbar von derjenigen der Personen ohne (**Abb. A1-3**). In der Gruppe der Migranten ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, verglichen mit der entsprechenden Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund, deutlich größer. Der Anteil der Personen in der Nacherwerbsphase ist merklich geringer.

**In Ballungsräumen  
bis zu 72% der  
Kleinkinder  
mit Migrations-  
hintergrund**

Ein überproportional starker Zuwachs von Personen mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren in den Ballungsräumen <sup>M</sup> zu verzeichnen. Dort hat die Gruppe der unter 3-jährigen mit Migrationshintergrund am stärksten zugenommen (**Tab. A1-5A**). Trotz eines hohen Ausgangsniveaus ist deren Anteil z. B. in Frankfurt seit 2005 um 28 Prozentpunkte gestiegen und liegt jetzt bei 72% aller unter 3-jährigen. In Frankfurt, München und Stuttgart haben inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren einen Migrationshintergrund.

**Abb. A1-3: Anteile der Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt 2008, 2025 und 2060 sowie für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2008**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik, Mikrozensus 2008

Die Gruppen, die für den vorschulischen und den schulischen Teil des Bildungssystems von großer Relevanz sind, weisen somit einen immer größer werdenden Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf.

## M Methodische Erläuterungen

### Bevölkerungsvorausberechnung

Erläuterungen vgl. Glossar

### Geburtenhäufigkeit

Geburtenhäufigkeit oder zusammengefasste Geburtenziffer (engl.: Total Fertility Rate: TFR): Für alle Frauen unter 50 gilt die Kinderzahl als durchschnittlich kumulierter Wert. Sie bezeichnet eine Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen müsste, wenn ihr Geburtenverhalten sich wie das der übrigen 15- bis 49-Jährigen desselben Kalenderjahres verhielte. Diese durchschnittliche Kinderzahl unterscheidet sich oftmals von der tatsächlichen. Die endgültigen Werte liegen von allen Frauen vor, die vor 1960 geboren und daher bereits 50 Jahre alt sind.

### Bildungsstand

Es wird unterschieden zwischen niedrigem Bildungsstand: ISCED 0–2, Grundbildung, Abschluss der Schulpflicht; mittlerem Bildungsstand: ISCED 3–4, Berufsausbildung, schulische Bildung, die den Zugang zu ISCED 5 ermöglicht; hohem Bildungsstand: ISCED 5–6, weiterführende (Fach-)Hochschulbildung, Promotion.

### Migrationsstatus

Innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund werden zwei Untergruppen unterschieden. Eigene Migrationserfahrung haben alle Personen, die selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen sind. Personen mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung sind z.B. in Deutschland Geborene mit ausländischen Eltern.

### Ballungsräume

Ballungsräume sind stark verdichtete Großstadregionen von hoher nationaler Bedeutung. Hier werden die Ballungsräume Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, das Ruhrgebiet und Stuttgart betrachtet. Das Ruhrgebiet umfasst hierbei die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel.

## Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Strukturwandel stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen z. B. auf die Ausstattung des Bildungswesens haben und aus denen sich Anforderungen an die Qualifizierungsfunktion des Bildungswesens ableiten lassen. Wie im Bildungsbericht 2008 werden neben dem Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte überblicksartig dargestellt. Hierbei wird in Anbetracht der öffentlichen Diskussion erstmals auch auf die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zins- und Versorgungszahlungen eingegangen.

### Wirtschaftliche Entwicklung

**Weltweiter Rückgang der Wirtschaftsleistung**

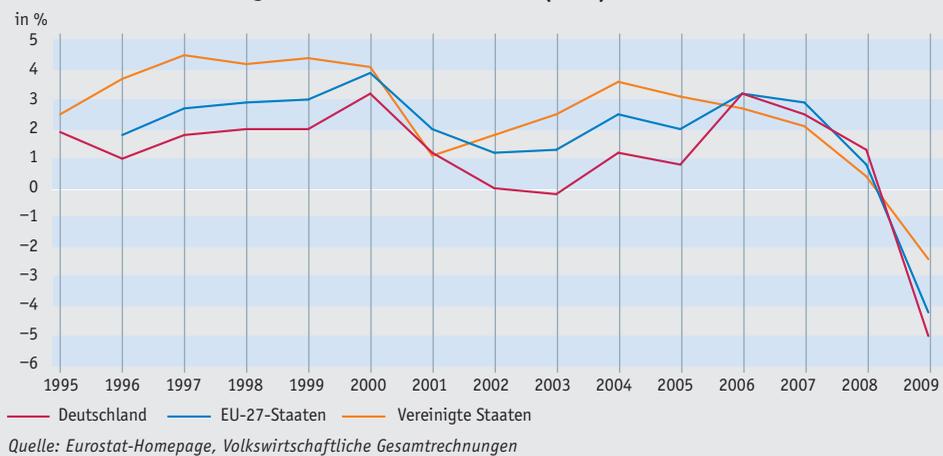
Im Jahr 2007 wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um +2,5%. Die Wachstumsrate lag damit unter dem Niveau der EU-27-Staaten und oberhalb des Niveaus der Vereinigten Staaten (**Abb. A2-1**). Anschließend ging die Wachstumsrate in Deutschland auf +1,3% im Jahr 2008 zurück. Angesichts der 2008 beginnenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichnet Eurostat für das Jahr 2009 einen realen Rückgang der Wirtschaftsleistung von -4,2% für die EU-27-Staaten, von -5,0% für Deutschland sowie von -2,4% für die Vereinigten Staaten.

Nach wie vor besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit innerhalb Deutschlands ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. Das BIP je Einwohner in den westlichen Flächenländern überstieg mit 30.500 Euro den Wert in den östlichen Flächenländern (21.800 Euro) im Jahr 2009 um 40% (**Tab. A2-3web**).

Auf den Arbeitsmarkt hat der wirtschaftliche Einbruch aufgrund der Regelung zur Kurzarbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nur teilweise durchgeschlagen. So lag die Arbeitslosenquote <sup>M</sup> in Deutschland mit 8,2% im Jahr 2009 deutlich unter dem Wert von 2006 (10,8%), aber über dem Wert von 2008 (7,8%) (**Tab. A2-1A**).

Der Bildungsbereich hat an der wirtschaftlichen Entwicklung nur unterproportional partizipiert. So ging der Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben <sup>M</sup> am BIP (Abgrenzung des nationalen Bildungsbudgets, vgl. **B1**) von 6,8% im Jahr 1995 auf 6,2% im Jahr 2008 zurück.<sup>1</sup> Die Haushaltsplanungen von Bund und Ländern,

**Abb. A2-1: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, der EU und den Vereinigten Staaten 1995 bis 2009 (in %)**



<sup>1</sup> Erläuterungen zu den Unterschieden bei den Abgrenzungen der OECD und des Bildungsfinanzberichts vgl. **B1** (insbesondere **Abb. B1-5A**)

zusätzliche Bildungsausgaben aus Konjunkturprogrammen von Bund und Ländern sowie der Rückgang des BIP im Jahr 2009 tragen dazu bei, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP wieder ansteigen wird.

## Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte finanzieren rund vier Fünftel der Bildungsausgaben in Deutschland. Für eine realistische Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik sind daher Informationen zur Situation der öffentlichen Haushalte von großer Bedeutung. In den letzten Jahren ist die Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>M</sup> weitgehend unverändert geblieben. Über alle Aufgabenbereiche hinweg stiegen die öffentlichen Gesamtausgaben zwischen 2000 und 2007 um 6% an. Der mit Abstand höchste Ausgabenanteil entfiel mit 55% auch im Haushaltsjahr 2007 auf die soziale Sicherung (**Abb. A2-2**). Der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben erhöhte sich von 8,1% im Jahr 2000 auf 9% im Jahr 2007 (**Tab. A2-4web**).

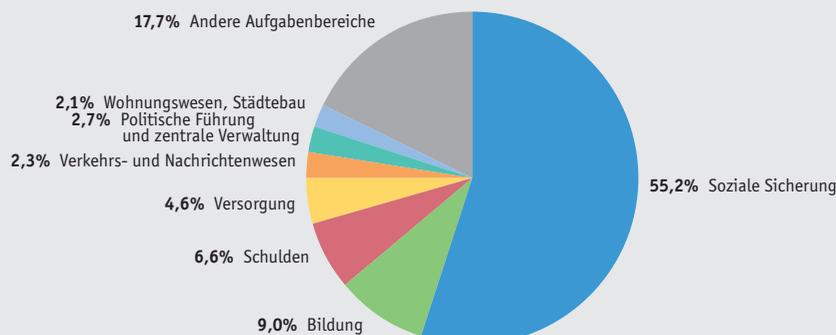
In den Flächenländern West waren die Ausgabenanteile für Bildung an den Haushalten von Ländern und Gemeinden 2007 mit durchschnittlich 24,6% am höchsten. Dieser Anteil lag in den Flächenländern Ost bei 22,2% und in den Stadtstaaten bei 21,2%. Wenn man zwischen Ländern und Gemeinden unterscheidet, so wurden in den Ländern durchschnittlich 33,2% (1995: 29,2%) und in den Gemeinden 12,4% (1995: 9,8%) für Bildung verausgabt. Der Anteil des Bundes betrug demgegenüber nur 3,4% (**Tab. A2-5web**).

In den letzten Jahren sind die Einnahmen des Sektors Staat in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stärker gestiegen als die Ausgaben. Dennoch konnten die Haushalte nicht vollständig ausgeglichen werden, was zu einer weiteren Erhöhung des Schuldenstandes geführt hat. Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist die Haushaltskonsolidierung 2009 abrupt unterbrochen worden. In den ersten Quartalen des Jahres 2009 sind die Steuereinnahmen drastisch zurückgegangen, während die Ausgaben aufgrund von Konjunkturprogrammen antizyklisch erhöht wurden. Der Staatssektor verzeichnete im Jahr 2007 einen Finanzierungssaldo <sup>M</sup> von +4,7 Milliarden Euro, 2009 dagegen von – 79,3 Milliarden Euro.

Der Schuldendienst und die Versorgungszahlungen an pensionierte Beamte werden die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren stark belasten. Schon 2007 wandten die Gebietskörperschaften mehr Mittel für Schulden und die Versorgung von im Ruhestand befindlichen Beamten auf als für Bildung (**Abb. A2-2**). Die finanzielle

**Sinkende Steuereinnahmen könnten finanziellen Spielraum für Bildungspolitik verringern**

**Abb. A2-2: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts 2007\* (in %)**



\* Nettoausgaben

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, *Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts 2007*

Belastung der öffentlichen Haushalte durch Versorgungs- und Zinszahlungen ist zwischen 1995 und 2008 insgesamt um rund 18% gestiegen (Tab. A2-6web). Der Zuwachs war bei den Ländern mit 45% besonders hoch. Längerfristig werden die Versorgungs- und Zinszahlungen den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte – insbesondere der Länder – stark einschränken.

### Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

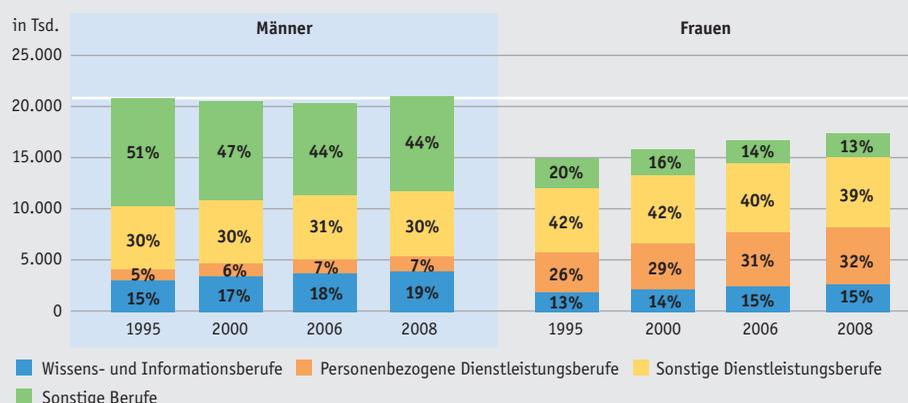
In den vergangenen Jahrzehnten waren in der deutschen Volkswirtschaft im Hinblick auf die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in einen primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), einen sekundären (produzierendes Gewerbe) und einen tertiären Sektor (Dienstleistungen) tief greifende Strukturveränderungen zu beobachten. Der Dienstleistungssektor dehnte sich aus, während die wirtschaftliche Bedeutung der anderen Bereiche zurückging. Im Jahr 2009 entfielen auf den Dienstleistungssektor 73% der Bruttowertschöpfung, 1970 waren es nur rund 48% (Tab. A2-7web).

**Rund 70% aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsberufen beschäftigt**

70% aller Erwerbstätigen waren 2008 in Dienstleistungsberufen beschäftigt, wobei deutliche Geschlechterunterschiede bestehen: 87% der weiblichen Erwerbstätigen, aber nur 56% der männlichen Erwerbstätigen waren in Dienstleistungsberufen tätig. Insbesondere bei den personenbezogenen Dienstleistungen ist der Anteil von Frauen fast fünfmal so hoch wie von Männern. Dagegen arbeiten mehr Männer als Frauen in Wissens- und Informationsberufen (Abb. A2-3, Tab. A2-8web). Insgesamt hat sich die Kluft zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Anzahl der Erwerbstätigen seit 1995 deutlich verringert. Gerade in den von Frauen dominierten, personenbezogenen Dienstleistungsberufen ist die Anzahl der Erwerbstätigen am stärksten gestiegen. Angesichts des Rückgangs der Erwerbstätigenzahlen in typischen Männerberufen und des Anstiegs in typischen Frauenberufen sollte auch die Ausbildung von Männern in von Frauen dominierten Bereichen gezielt gefördert werden.<sup>2</sup>

Infolge des Strukturwandels und des technologischen Fortschritts verändern sich die Tätigkeitsfelder und somit die Anforderungsprofile der Erwerbstätigen in nahezu allen Sektoren und Berufsfeldern. Während manuelle Fertigkeiten an Bedeutung verlieren, werden in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft z.B. analytisches

Abb. A2-3: Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Geschlecht 1995 bis 2008



\* Abgrenzung der Dienstleistungsberufe vgl. Erläuterungen in Tab. A2-8web  
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

<sup>2</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 22ff.

Denken, Kommunikations- und Problemlösungskompetenzen stärker gefordert. Hierauf muss das (Aus-)Bildungssystem reagieren. Insgesamt ist der Anteil der Erwerbstätigen mit hohem Bildungsstand <sup>M</sup> seit 1995 gestiegen, während sich der Anteil der Erwerbstätigen mit niedrigem Bildungsstand kaum verändert hat. In Dienstleistungsberufen ist diese Entwicklung sehr deutlich zu beobachten (Tab. A2-8web).

**Anteil der Personen mit hoher Qualifikation in Dienstleistungsberufen deutlich gestiegen**

## Internationalisierungs- und Globalisierungstrends

Globalisierung ist charakterisiert durch die weltweite Verteilung und Organisation von Wertschöpfungsketten. Sie betrifft nicht nur die Industrie, sondern in den letzten Jahren zunehmend auch Dienstleistungen. Der globale Wettbewerb erreicht somit einen Großteil der Unternehmen und Arbeitskräfte und ist nicht auf bestimmte Branchen oder Beschäftigtengruppen beschränkt.

Die deutsche Wirtschaft ist in Relation zur Wirtschaftsleistung stärker in den Weltmarkt eingebunden, als es bei den meisten anderen Industriestaaten der Fall ist (Tab. A2-9web). Im Jahr 2007 nahm Deutschland mit einem Anteil von rund 10% am Weltwarenexport die erste Position unter den Exportstaaten ein. Auch 2009 zählte Deutschland mit China zu den führenden Warenexporteuren.

Rund ein Viertel aller in Deutschland beschäftigten Erwerbstätigen ist vom Export abhängig, etwa zu gleichen Teilen in der Warenproduktion und im Dienstleistungssektor. In den letzten Jahren ist insbesondere die Anzahl der exportabhängigen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gestiegen. In diesem Wirtschaftsbereich ist der Anteil der Hochqualifizierten höher und in den letzten zwölf Jahren stärker gestiegen als im Sekundärsektor (verarbeitendes Gewerbe). Internationalisierung und Globalisierung haben Rückwirkungen auf das Bildungssystem, da sie ebenso wie der technologische Fortschritt und der Strukturwandel zu veränderten Tätigkeitsstrukturen und Anforderungsprofilen (vor allem in wissensintensiven Branchen) führen. Diese Entwicklungen führen zu einem niedrigeren Bedarf an gering qualifizierten Beschäftigten und verstärken die Notwendigkeit einer guten Erstausbildung und insbesondere der lebenslangen Weiterqualifizierung.

**Ein Viertel der Arbeitsplätze exportabhängig**

**Internationalisierung und Globalisierung beeinflussen Tätigkeitsstrukturen und Anforderungsprofile**

### <sup>M</sup> Methodische Erläuterungen

#### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige). Arbeitslose sind Arbeitssuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit gemeldet haben.

#### Bildungsausgaben

Vgl. Methodische Erläuterungen zu B1

#### Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Haushalten). In den Darstellungen des Bildungsfinanzberichts ist dagegen die Sozialversicherung nicht enthalten.

#### Finanzierungssaldo

Finanzierungssaldo (Einnahmen abzüglich Ausgaben) des Sektors Staat in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

#### Hoher Bildungsstand

Vgl. Methodische Erläuterungen zu A1

# Wandel der Familien- und Lebensformen

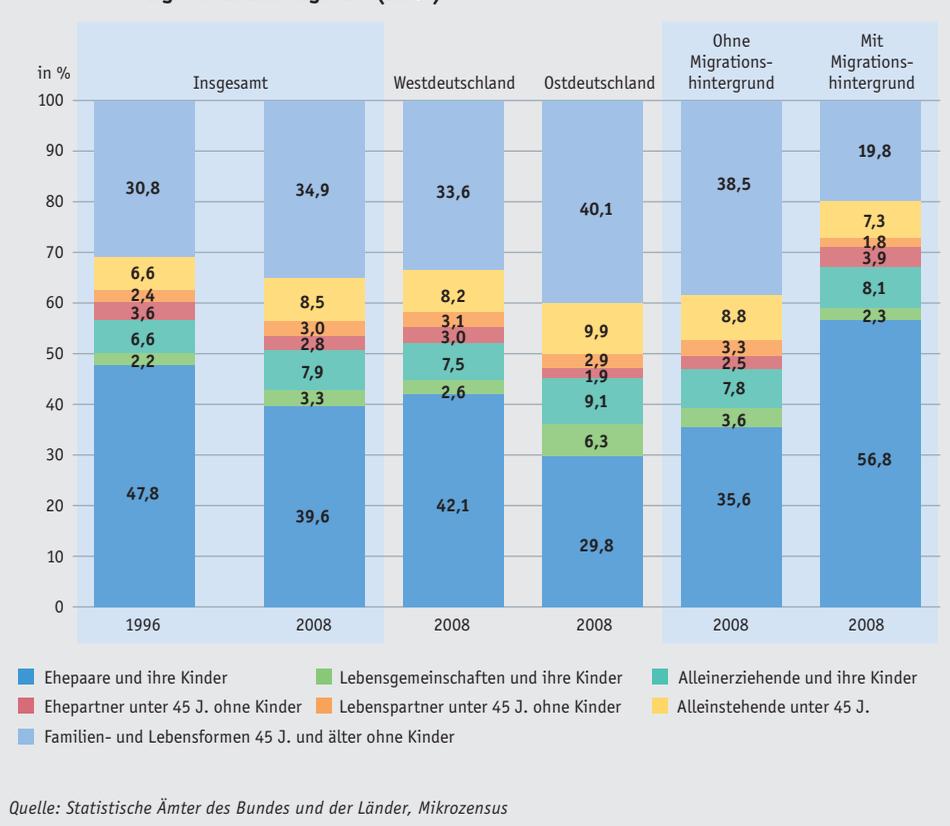
Das soziale und familiäre Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, hat entscheidenden Einfluss auf einen erfolgreichen Erwerb von Bildung. Kinder und Jugendliche können durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen in Risikolagen geraten, die ihre erfolgreiche Teilnahme am Bildungssystem negativ beeinflussen. Die bereits in den vorangegangenen Bildungsberichten beschriebene Veränderung der Familien- und Lebensformen <sup>M</sup> wie auch die verschiedenen Formen der Erwerbsbeteiligung haben Einfluss auf die Bildungsbedarfe. Neue Angebote verändern ihrerseits das Zusammenwirken von Familien und Bildungseinrichtungen.

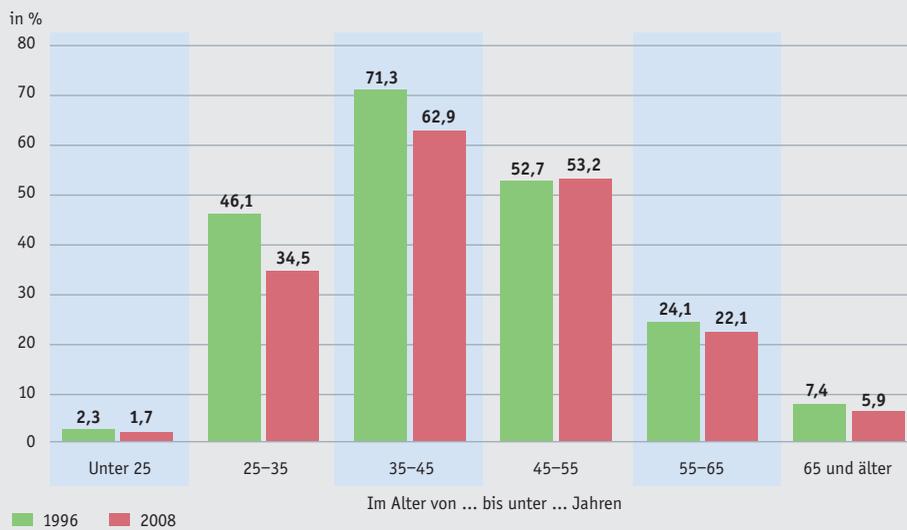
## Familien- und Lebensformen

### Immer weniger Familien mit Kindern

Die immer noch bei weitem überwiegende Lebensform ist trotz Rückgang seit 1996 die Ehe (Abb. A3-1A, Tab. A3-8web). Gleichzeitig nimmt der Anteil von Personen, die ohne Kinder leben, in allen Lebensformen zu, was auf die Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung zurückzuführen ist. Mit Kindern lebt etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung (51%), in Ostdeutschland sind es nur noch 45%; dabei ist im Vergleich zu Westdeutschland der Anteil an Lebensgemeinschaften höher (A1). In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Lebensformen mit Kindern deutlich größer als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In dem hohen Anteil der Ehepaare mit Kindern schlägt sich die von Personen mit Migrationshintergrund häufiger gewählte Lebensform der Ehe und deren niedrigeres Durchschnittsalter

Abb. A3-1: Bevölkerung 1996 und 2008 nach Lebensformen, Ländergruppen und Migrationshintergrund (in %)



**Abb. A3-2: Anteile von Personen mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt 1996 und 2008 nach Altersgruppen (in %)**

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

nieder. Unter 18-Jährige wachsen zu einem überwiegenden Teil bei verheirateten Eltern auf, auch wenn gegenüber 1996 ein Rückgang zu beobachten ist (Tab. A3-9web).

Der Anteil der Familien mit Kindern ist in den Altersgruppen von 25 bis unter 45 Jahren seit 1996 deutlich zurückgegangen, während er in den höheren Altersgruppen nahezu unverändert blieb. Lebten 1996 noch 71% der 35-bis unter 45-Jährigen als Familie mit Kindern im Haushalt, sind dies im Jahr 2008 nicht einmal mehr 63% (Abb. A3-2).

## Lebensformen und Erwerbstätigkeit

Seit 1996 hat sich die Erwerbstätigkeit von Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Deutschland um rund 6 Prozentpunkte erhöht (Westdeutschland 6,5, Ostdeutschland 1,8 Prozentpunkte), bei den Männern ging der Anteil um rund 2 Prozentpunkte zurück (Westdeutschland -1,9 Prozentpunkte, Ostdeutschland -3 Prozentpunkte). Im Jahr 2008 sind somit 62% der Frauen und 75% der Männer einer Beschäftigung nachgegangen (Tab. A3-10web).

Frauen mit Kindern sind zu 58% erwerbstätig, Frauen ohne Kinder zu 62% (Tab. A3-10web). Im Osten Deutschlands waren 1996 drei Viertel der erwerbstätigen Frauen mit Kindern vollzeitbeschäftigt, im Jahr 2008 ist es nur noch gut die Hälfte. Auch im Westen Deutschlands fiel diese Quote, und zwar von 38 auf 25%. Erwerbstätige Frauen ohne Kinder sind hingegen in West- wie auch Ostdeutschland zu gut zwei Dritteln vollzeitbeschäftigt.

Die Anzahl der Kinder hat einen Einfluss auf die Art der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Bei drei und mehr Kindern sind Frauen in zunehmendem Maße nicht erwerbstätig. In Teilzeit arbeiten Frauen am häufigsten, wenn sie zwei Kinder haben (Tab. A3-2A). Zudem wechseln Frauen mit einem oder zwei Kindern, wenn sie vollzeitbeschäftigt waren, zunächst in die Teilzeiterwerbstätigkeit.

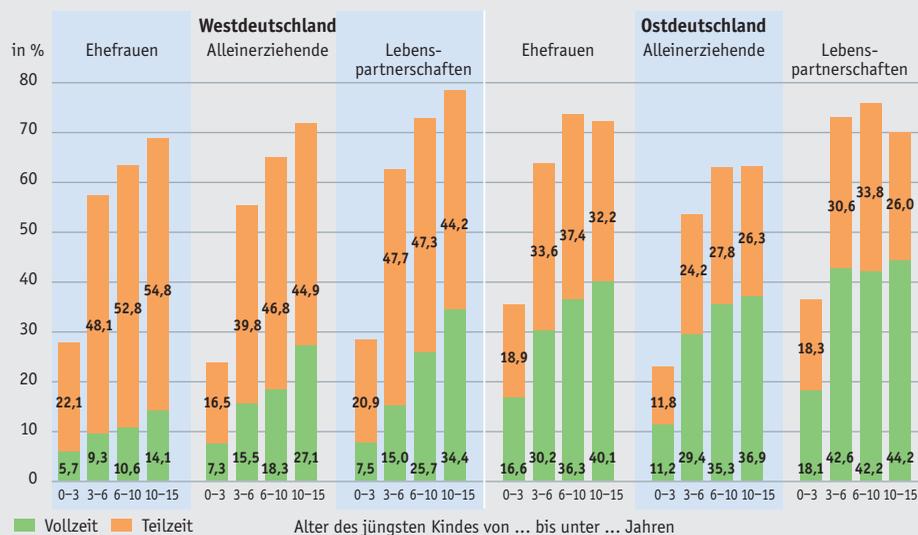
Die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt mit dem Alter des jüngsten Kindes (Abb. A3-3, Tab. A3-10web). In Westdeutschland sind die Mütter von 10-bis unter 15-jährigen Kindern zu 75% erwerbstätig. In Ostdeutschland wird dieser Wert bei den Müttern

**Rückgang der Vollzeiterwerbsquote bei Frauen im Osten Deutschlands stärker als im Westen**

von 6- bis unter 10-jährigen Kindern erreicht. Die Frauen in Ostdeutschland arbeiten verstärkt Vollzeit, wenn das jüngste Kind das Kindergartenalter erreicht hat.

Einfluss auf die Erwerbstätigenquote haben nicht nur Kinder, sondern auch der Bildungsstand. Bei den 30- bis unter 50-jährigen ist die Erwerbstätigenquote bei Männern und Frauen umso höher, je höher der Bildungsstand ist (Abb. A3-4, Tab. A3-3A). Der Effekt ist bei Frauen deutlich größer als bei Männern. Während Männer mit Kindern unabhängig vom Bildungsstand häufiger erwerbstätig sind, verhält es sich bei den Frauen umgekehrt: Bei Männern mit Kindern und eigener Migrationser-

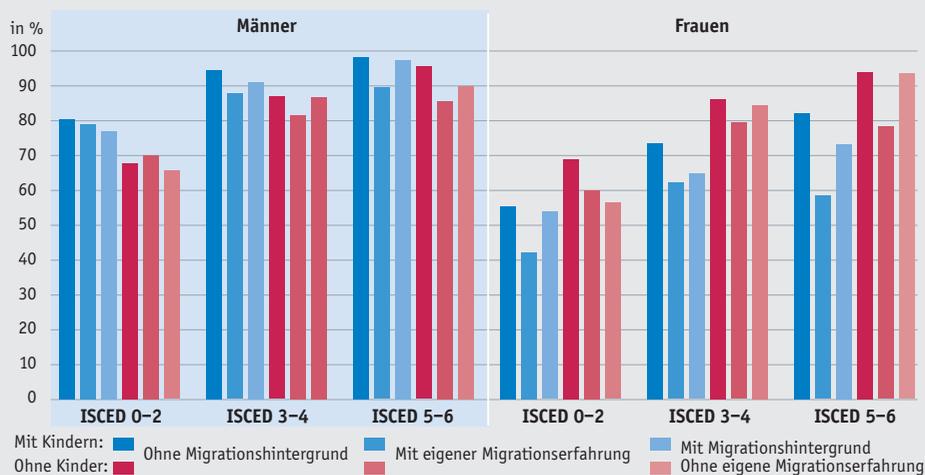
Abb. A3-3: Erwerbsbeteiligung von 15- bis unter 65-jährigen Frauen 2008 nach Alter des jüngsten Kindes, Lebensformen und Ländergruppen (in %)



Lesebeispiel: 1. Spalte von links: Ehefrauen in Westdeutschland mit dem jüngsten Kind unter drei Jahren arbeiten zu 5,7% Vollzeit und zu 22,1% Teilzeit (Angabe zur Erwerbsbeteiligung nach Selbstauskunft der Befragten).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Abb. A3-4: Erwerbstätige Personen 2008 zwischen 30 und unter 50 Jahren in Abhängigkeit von Migrationsstatus, Bildungsstand und Elternschaft nach Geschlecht (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

fahrung führt der höhere Bildungsstand nicht zu einer höheren Erwerbstätigenquote als beim mittleren Bildungsstand. Dieser Effekt zeigt sich auch bei Frauen mit eigener Migrationserfahrung – unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht.

**Migrationsstatus mit Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit**

## Risikolagen<sup>M</sup> von Kindern

Es lassen sich drei Risikolagen beschreiben, durch die die Bildungschancen der Kinder beeinträchtigt sein können: wenn die Eltern nicht in das Erwerbsleben integriert sind (soziales Risiko), ein geringes Einkommen haben (finanzielles Risiko) oder über eine geringe Ausbildung verfügen (Risiko der Bildungsferne).

Im Jahr 2008 wuchsen insgesamt 29% der 13,6 Millionen Kinder unter 18 Jahren mit mindestens einer Risikolage auf (**Tab. A3-4A**). Darunter waren 1,1 Millionen Kinder, die bei Alleinerziehenden lebten, d.h. in dieser Lebensform fast jedes zweite Kind (**Tab. A3-11web**). In Familien mit Migrationshintergrund waren es 1,7 Millionen Kinder (42,2%).

**Mehr als ein Viertel aller Kinder unter 18 Jahren von mindestens einer Risikolage betroffen**

Etwas weniger als 11% der Kinder waren, ebenso wie im Jahr 2000, von einem sozialen Risiko betroffen, weil kein Elternteil erwerbstätig war. Bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund galt dies für 8%, bei den übrigen für 16%.

Ein finanzielles Risiko liegt vor, wenn das Einkommen der Familie weniger als 60% des Familienäquivalenzeinkommens beträgt (Armutgefährdungsgrenze<sup>M</sup>). Dieses Risiko betraf insgesamt knapp 25% der Kinder, ein Zuwachs von 1,8 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2000. Bei Kindern mit Migrationshintergrund lag das Risiko mit rund 35% deutlich höher (**Tab. A3-5A**). Das finanzielle Risiko hängt eng mit dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit zusammen. Zwar ist der Anteil der Haushalte, die ihr Einkommen überwiegend aus Erwerbstätigkeit beziehen, seit 2000 um 2 Prozentpunkte auf 78% gestiegen. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Haushalte, die Transferereinkommen beziehen, von 7,5 auf 10% angewachsen. Bei Alleinerziehenden lag 2008 der Anteil der Transferleistungsbezieher bei 23% und war damit viermal so hoch wie bei Paaren mit Kindern (**Tab. A3-12web**). Die Häufigkeit, mit der Kinder in Risikolagen aufwachsen, hängt stark von der Lebensform der Eltern ab (**Tab. A3-11web**).

13% der Kinder wuchsen 2008 bei Eltern auf, die keine abgeschlossene Berufsausbildung (ISCED 3B) oder keinen höheren Schulabschluss (von mindestens ISCED 3A) haben (Risiko der Bildungsferne). Auch hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied bei den Kindern und Jugendlichen mit bzw. ohne Migrationshintergrund. Während 6% der zweiten Gruppe von diesem Risiko betroffen waren, waren dies 28% der ersten Gruppe (**Tab. A3-5A**).

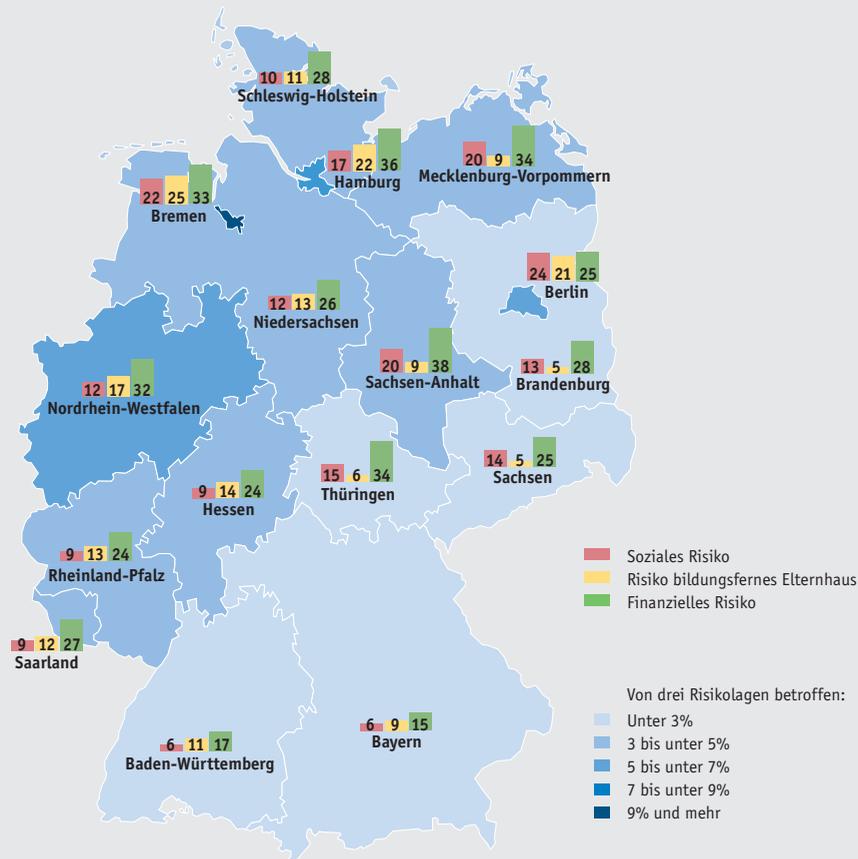
Insgesamt hat sich die Situation bezüglich der Risikolagen von Kindern seit 2000 kaum verändert. Weiterhin waren 3,5% der Kinder unter 18 Jahren von allen drei Risikolagen gleichzeitig betroffen (**Tab. A3-4A**).

**3,5% der Kinder von allen drei Risikolagen betroffen**

Risikolagen waren regional unterschiedlich verteilt (**Abb. A3-5, Tab. A3-4A**). In den Stadtstaaten leben ungefähr 40% der Kinder in mindestens einer Risikolage, in Bayern dagegen nur etwa 20%. Um die regionale Problematik der Folgen der sozialen Risikolage weiter differenzieren zu können, wird als Kennzahl der Anteil der Kinder in Haushalten mit Arbeitslosengeld-Bezug<sup>M</sup> herangezogen.

2008 variierte der Anteil der Kinder im Alter von unter 15 Jahren, deren Mütter und/oder Väter auf Arbeitslosengeld II angewiesen waren, zwischen 38% in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) sowie in der Stadt Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) und 2% im Landkreis Eichstätt (Bayern) (**Abb. A3-13web**).

Abb. A3-5: Anteil der unter 18-Jährigen nach Risikolagen der Eltern und Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

### M Methodische Erläuterungen

#### Familien- und Lebensform

Als Familien unterscheidet der Mikrozensus nach dem Lebensformenkonzept zwischen den Familienformen Ehepaar (mit Kindern), Lebensgemeinschaft (mit Kindern) und Alleinerziehende/Alleinerziehender (mit Kindern). Lebensformen werden nach Elternschaft und Partnerschaft unterschieden: Paare mit und ohne Kinder, alleinerziehende Elternteile mit Kindern sowie alleinstehende Personen ohne Partner/in und ohne Kinder im Haushalt. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, und Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung bleiben unberücksichtigt.

#### Risikolagen

Es werden drei Risikolagen definiert: erstens eine soziale, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist, d.h. beide Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil erwerbslos oder Nichterwerbspersonen sind; zweitens eine der Bildungsferne des Elternhauses, wenn kein Elternteil über einen Abschluss der Sekundarstufe II oder höher verfügt, und drittens eine finanzielle, wenn das Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt.

#### Armutsgefährdungsgrenze/Äquivalenzeinkommen

Als Einkommen werden hier nicht die Haushaltseinkommen, sondern die Familienäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen der Familie ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Familienmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Familien unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Analog zu der entsprechenden Berechnung auf der Basis von Haushaltseinkommen kann bei weniger als 60% des Medians des Familienäquivalenzeinkommens Armutsgefährdung angenommen werden.

#### Arbeitslosengeld II

Arbeitslosengeld II fasst die ehemalige Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Transferleistung zusammen, die erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 65 Jahren gezahlt wird, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Arbeitslosengeld II wird umgangssprachlich auch als „Hartz IV“ oder SGB II bezeichnet. Sozialgeld wird Personen gezahlt, die nicht erwerbsfähig sind oder mit einer Person, die zwar erwerbsfähig ist, aber Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat, in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Davon zu unterscheiden ist das Arbeitslosengeld (umgangssprachlich: Arbeitslosengeld I), das eine Leistung der Arbeitslosenversicherung darstellt.